NACHRICHTEN
Österreich

07. März 2025

Sudan verklagt die Vereinigten Arabischen Emirate vor dem Internationalen Gericht

Sudan hat vor dem Internationalen Gerichtshof Klage gegen die Vereinigten Arabischen Emirate erhoben und wirft ihnen Verstöße gegen das Völkermord-Abkommen vor. Die UAE weisen die Vorwürfe zurück.

Der Sudan hat beim Internationalen Gerichtshof eine Klage gegen die Vereinigten Arabischen Emirate eingereicht. In dieser wird den Emiraten vorgeworfen, gegen ihre Verpflichtungen aus der Genozidkonvention verstoßen zu haben, indem sie die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) bewaffnet haben. Dies gab das Internationale Gerichtshof am Donnerstag bekannt.

Reaktion der Vereinigten Arabischen Emirate

Die Vereinigten Arabischen Emirate haben erklärt, dass sie um eine sofortige Abweisung der Klage bitten werden, da diese angeblich „keine rechtliche oder tatsächliche Grundlage“ habe, so ein UAE-Beamter in einer Erklärung gegenüber Reuters.

Hintergrund der Vorwürfe

Die Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit intensiven ethnisch motivierten Angriffen der RSF und verbündeter arabischer Militzen auf den nicht-arabischen Masalit-Stamm im Jahr 2023 in Westdarfur. Diese Angriffe wurden von den USA im Januar als Genozid eingestuft und von Reuters umfassend dokumentiert.

Sanktionen gegen die RSF

Das sudanesische Außenministerium hat bisher nicht auf eine Anfrage um Stellungnahme reagiert. Reuters liegt eine Kopie des Antrags der sudanesischen Regierung vor. Sudanesische Beamte werfen den VAE häufig vor, die RSF, die Rivalen der Regierung im fast zwei Jahre andauernden Bürgerkrieg, zu unterstützen. Diese Vorwürfe werden von den VAE zurückgewiesen, jedoch haben **UN-Experten** und **US-Gesetzgeber** diese als glaubwürdig eingestuft.

Vorwürfe des Genozids

Vor dem Internationalen Gerichtshof gibt der Sudan an, dass die RSF „Genozid, Mord, Diebstahl von Eigentum, Vergewaltigung, Zwangsvertreibung, Hausfriedensbruch, Vandalismus öffentlicher Eigentümer und Menschenrechtsverletzungen“ begangen haben. Laut einer Erklärung des Gerichtshofs wurden all diese Taten „durch die direkte Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate für die rebellischen RSF-Milizen und verwandte Milizgruppen ermöglicht“.

Stellungnahme der VAE

Ein Beamter der VAE erklärte dazu: „Die VAE sind sich des kürzlich erfolgten Antrags des Vertreters der sudanesischen Streitkräfte beim Internationalen Gerichtshof bewusst, der nichts weiter als eine zynische PR-Aktion ist, um von der festgestellten Mitschuld der sudanesischen Streitkräfte an den weit verbreiteten Gräueltaten abzulenken, die weiterhin Sudan und sein Volk devastieren.“

Humanitäre Krise in Sudan

Die VAE beteuern, dass sie sich verpflichtet fühlen, die humanitäre Krise zu bewältigen und haben „konsequent zu einem sofortigen Waffenstillstand“ in Sudan aufgerufen.

Aktuelle Situation im Sudan

Der Konflikt zwischen der sudanesischen Armee und der RSF, der nach einem Machtkampf über die Integration der Streitkräfte im April 2023 ausbrach, hat das Land verwüstet. Er hat Hunger und Krankheiten verbreitet und birgt das Risiko einer Fragmentierung des Landes, während mehrere ausländische Mächte in den Konflikt involviert sind.

Ethnische Angriffe und internationale Reaktionen

Die Kämpfe haben ethnische Angriffe in mehreren Regionen ausgelöst, wobei die blutigsten in Westdarfur stattfanden. Überlebende berichteten Reuters, dass Masalit-Jungen gezielt ermordet und junge Frauen vergewaltigt wurden, unmittelbar nach Ausbruch des Krieges.

Zukunft des Rechtsstreits

Der Internationale Gerichtshof, als das höchste U.N.-Gericht für Streitigkeiten zwischen Staaten und Verletzungen internationaler Verträge, wird die Klage des Sudans prüfen. Beide, der Sudan und die VAE, sind Unterzeichner der Genozidkonvention von 1948. Sudan fordert das Gericht auf, Notmaßnahmen anzuordnen und die VAE zu verpflichten, derartige genozidale Handlungen zu verhindern.

Während die Anhörung zu den Notmaßnahmen in den kommenden Wochen vor dem Gerichtshof stattfinden sollte, wird es Jahre dauern, bis das Gericht ein endgültiges Urteil fällt, das klären könnte, ob ein Genozid in Darfur stattgefunden hat.

Die RSF und verbündete politische Gruppen haben begonnen, eine parallele Regierung zur armeeorientierten Kontrolle einzurichten, die Port Sudan am Roten Meer eingenommen hat – ein Schritt, der von Ägypten, Saudi-Arabien und Katar abgelehnt

wurde.

Berichterstattung von Reuters‘ Maha El Dahan, Stephanie van den Berg, Khalid Abdelaziz und Bart Meijer; Schreiben von Nafisa Eltahir; Bearbeitung durch Toby Chopra, William Maclean.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at